

KOMMENTAR



Andreas Wühler zur Einberufung einer Bürgerversammlung

Schulterschluss beeindruckt

Die nicht abreißen wollende Diskussion in der Bevölkerung um das Thema Nahwärme-konzept zeigt Wirkung: Am Montag zogen die Gemeinderäte mehrheitlich die Reißleine und machten Bürgermeister Jürgen Schmitt klar, seinem Weg der Beschlüsse hinter verschlossenen Türen nicht länger folgen zu wollen. Sie forderten die Einberufung einer Bürgerversammlung. Eigentlich war der Rat geschlossen für den Antrag der GLP, doch schaffte es die PläI einmal mehr, ihren Worten keine Taten folgen zu lassen und beließ es beim bloßen Appell, die Bürger mit ins Boot zu nehmen. Dennoch, der Schulterschluss von CDU, SPD und GLP beeindruckt.

Dem Bürgermeister wurde klar gemacht, dass mit den Bürger wichtige Projekte schon im Vorfeld zu diskutieren sind, nicht erst dann, wenn der Rat diese schon grundsätzlich beschlossen hat und detaillierte Pläne zu bewundern sind.

Nun also der andere Weg. Über den „Adler“ dürfen die Bürger mitdiskutieren. Fragt sich nur, mit welchem Ergebnis. Immerhin, dem Abriss hat die Ratsmehrheit ebenso nicht-öffentlich zugestimmt wie der Neuordnung bei der Mehrzweckhalle.

Gegen die Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten wird wohl niemand sein, aber ob dafür wirklich ein Ensemble geopfert werden muss, das die Straße, den Ort prägt, darf bezweifelt werden.

Neue Einkaufsmärkte: Gemeinderat nimmt mehrheitlich Diskussion über Neu- und Umsiedlung sowie den Abriss des Areal „Adlers“ von der Tagesordnung

Frak-tionen zeigen Schmitt die Gelbe Karte

Von unserem Redaktionsmitglied
Andreas Wühler

PLANKSTADT. Bevor die Gemeinderats-sitzung am Montagabend begann, war sie eigentlich schon zu Ende: In seltener Einmütigkeit ließen CDU, SPD und GLP die Muskeln spielen und zerpflegten die Tagesordnung bis auf einen Torso. Nur noch ein Punkt von Substanz stand auf der Agenda und auch dieser wurde von der neuen Ratsmehrheit dazu genutzt, dem Bürgermeister die Gelbe Karte zu zeigen. Mit anderen Worten: In Sachen „Adler“ gibt es eine Schonfrist und der Stadbus bleibt vorerst in der Garage.

Ein großes Paket hatte die Verwaltung für die Gemeinderats-sitzung am Montag geschnitten: Erst sollte über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Einzelhandelsstandort Jahnstraße“ beschlossen werden, dann über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Nahversorgung und Wohnen in der Ortsmitte“ und letztlich über einen Antrag der GLP auf „Einberufung einer Bürgerversammlung“, bei der über die Ortskernsanierung, mit Schwerpunkt auf der Verwendung des Areals „Adlers“, diskutiert werden soll.

Drei Punkte, die eigentlich als Einheit zu sehen sind. Schon beim ersten Punkt ist die Gemeinsamkeit aus der in der Verwaltungsvorlage zitierten Auswirkungsanalyse der „Imakom Akademie“ ersichtlich. Diese hatte untersucht, wie sich die „Neuan siedlung eines Edeka-Mark-

tes“ mit Verlagerung des Penny-Marktes „als kombinierte Maßnahme am Standort Jahnstraße neben der Mehrzweckhalle“ und die „Neuan-siedlung einer „Treff 3000“-Filiale 19/21 bis 23“ und eine Nachnutzung des Penny-Standorts im Gewerbe-rung auswirken.

Mit anderen Worten: Der Penny-Markt soll zusammen mit einem neuen Edeka-Markt neben die Mehrzweckhalle siedeln, auf dem jetzigen Penny-Gelände soll neues Gewerbe, ohne ein Lebensmittelan-gebot, angesiedelt werden und im Ortskern sollen das Areal „Adler“ und die Mack'sche Schmiede einem Softdiscounter weichen.

In dem Gutachten wird der Schluss gezogen, dass die An- und Umsiedlung der Märkte „unter raumordnerischen Gesichtspun-ten wünschenswert und zulässig sind“.

Der Rat befassete sich schon mehrfach mit den Plänen, im Juli stimmte er in nicht-öffentlicher Sitzung dem Doppelstandort „Edeka und Penny“ und dem Verkauf der dafür benötig-ten Flächen mehrheitlich zu. Geplant ist die Errichtung eines Gebäu-des für den Vollsortimenter mit einer Verkaufsfläche von 1250 Quadrat-metern und eines Discounters mit 800 Quadratmetern. Die Firma Invo Projekt-gesellschaft Beta GmbH hat danach als Vorhaben-trägerin einen Antrag auf Erstellung eines vorhaben-bezogenen Bebauungsplans ge-stellt.



Der „Adler“ samt Anbau soll einem Supermarkt weichen, auch der Mack'schen Schmied im Hintergrund droht der Abriss. Wo heute die drei Gebäude stehen, soll sich später einmal ein Parkstreifen vor einem Einkaufsmarkt erstrecken.

Für die ehemalige Gaststätte „Adler“, sie steht seit 2007 leer, hat sich keine neue Nutzung gefunden, stellt die Verwaltung in ihrer Sitzungsunter-lage fest. Zudem stünden viele Gebäudeteile unter Denkmalschutz, was eine Nutzung mit erschwere, weshalb zu prüfen sei, „ob ein Erhalt unter diesen Umständen überhaupt sinnvoll ist“. Zumal sich das gesamte Gebäude mittlerweile in einem sehr schlechten Zustand befindet.

Supermarkt statt „Adler“

Gleichzeitig hält die Verwaltung fest, dass die Versorgungssituation, ins-besondere in der Ortsmitte, gerade für die älteren Menschen sehr schlecht sei. Einziger geeigneter Standort in der Ortsmitte sei das Areal „Adler“. Folglich habe der Rat in der gleichen, nicht-öffentlichen Sitzung im Juli dem Abruch des Ge-bäudebestands in der Schwetzing-er Straße 19 bis 23 zugestimmt und Platz gemacht für die Ansiedlung ei-

nes Marktes. Errichtet werden soll ein Gebäude für einen Treff 3000 Markt, eine Tochter der Edeka, mit einer Fläche von 600 Quadratmetern und Raum für eine kleinere, ergän-zende Ladeneinheit, für Büros, Pra-xen und Wohnungen. Notwendige Stellplätze sollen entlang der Schwetzing-er Straße ausgewiesen werden.

Sollte das Gebäude Schwetzing-er Straße 23 nicht gleichfalls dem Denkmalschutz entrisen werden können, sollen die Pläne ohne dieses Grundstück verwirklicht werden.

In beiden Fällen hat der Rat mehrheitlich in nicht-öffentlicher Sitzung zugestimmt und auch im zweiten Fall wurde der Antrag auf einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan von der Firma Invo Pro-jektgesellschaft Beta GmbH gestellt.

Am Montag jedoch hatte Bürger-meister Jürgen Schmitt gleich zwei Anträge auf Vertagung der Punkte zu behandeln, einen von der CDU, der

andere von der GLP. Jutta Schuster (CDU) stellte fest, nicht gegen die beiden Punkte zu sein, aber noch offene Fragen zu haben, die zuerst zu klären seien. Zugleich sprach sich Schuster dafür aus, die Tagesord-nungspunkte zu tauschen, erst über den „Adler“, dann über den Rest zu entscheiden. Immerhin beeinträch-tigt der Plan die Zukunft der Ge-meinde entscheidend.

Ulf-Udo Hohl (GLP) erinnerte an den Antrag seiner Fraktion, eine Bürg-erversammlung zu dem Thema einzuberufen. Diese müsse zuerst stattfinden, der Wille der Bürger müsse in das Projekt einfließen, wes-halb er sich gleichfalls für eine Ver-tagung aussprach.

Dem schloss sich die Mehrheit am Ratsstisch an, CDU, SPD, GLP und Horst Kolb (PläI) stimmten für die Vertagung, Schmitt dagegen und die PläI entlieh sich der Stimme.

► Ein ehrenamtlicher Verein ...

Buslinie 714: Mehrheit am Ratsstisch spricht sich gegen die Wiedereinführung der Stadtbushlinie aus und hält am Antrag der SPD eines Alternativkonzepts fest

Ehrenamtlicher Verein soll den Bürgerbus durch den Ort chauffieren

PLANKSTADT. Die Punkte drei und vier der Tagesordnung waren ver-tagt, nun ging es um den Antrag der Grünen Liste (GLP) auf Einberufung einer Bürgerversammlung. Bürger-meister Schmitt sah mit der zweifachen Einschaltung der Bürger, bei der frühzeitigen Öffentlichkeitsbe-teiligung und bei der förmlichen Of-fenheitlichkeitsbeteiligung, und einer Informationsveranstaltung am 5. Dezember den Antrag als erledigt an. Der Bürger könne noch vor einem endgültigen Beschluss im Rat sein Informationsbedürfnis stillen. Und nachdem der Rat die Punkte ohne Beschluss verschoben habe, könne er den Bürger nicht über Vorhaben informieren, die es nicht gebe.

Dem widersprach Ulf-Udo Hohl (GLP). Eine Informationsverantwor-tung sehe die Gemeindeordnung nicht vor, hingegen eine Bürgerversammlung, bei der der Gemeinderat das Sagen habe, „da kann der Bür-

germeister nicht so agieren wir er will“. Und Vorschläge der Bürger könnten dabei noch in die Beratun-gen im Rat einfließen. Denn, so Hohl, es brauche keine detaillierten Pläne, um den Bürger mit ins Boot zu holen, ihn über Vorhaben zu in-formieren.

Gerhard Waldecker (PläI) for-derte von Bürgermeister Jürgen Schmitt eine bessere Informations-politik ein, sah in der Gemeinde vie-le in Bewegung, über das informiert werden müsse. Schmitt habe im Wahlkampf jährliche Bürgerver-sammlungen zugesichert, nun solle er sich bemühen, die Bürger mitzu-nehmen. Gerade bei Themen wie dem Gemarkungsaustausch, der Nah-wärme oder dem jetzigen müssten die Bürger frühzeitig informiert wer-den. Nicht erst wenn exakte Pläne da sind, sondern schon über die Vorha-ben. So würden sich die Bürger ernst genommen fühlen, stellte

Waldecker fest und stimmte zu-gleich für die Ablehnung des GLP-Antrags.

Was Jutta Schuster (CDU) kann fassen konnte. Eigentlich, so stellte sie fest, habe sie eben ein „Plädoyer für die Annahme des Antrages ge-hört“. Schuster verwies auf die stän-dig steigende Zahl der Sitzungsbesu-cher, diese wollten Informationen, die sie sonst nicht bekommen kö-nnen, schloss sie sich dem GLP-An-trag an.

Dr. Ulrich Mende (SPD) betonte die Wichtigkeit einer Bürgerver-sammlung vor einer Entscheidung des Rates, „es hapert an der Transpa-renz und damit an Vertrauen“ und sprach sich gleichfalls für eine Bürg-erversammlung aus.

Diese wurde sodann mit den Stimmen von CDU, SPD und GLP beschlossen und findet am Montag, 5. Dezember, 19 Uhr, in der Mehr-zweckhalle statt.

Mit der gleichen Mehrheit stimmte der Rat gegen den Vor-schlag der Verwaltung, die Stadtbush-line neu zu beleben. Wie Umwel-terberater Bernhard Müller erläuterte, würde die Route im Rahmen der Li-nienbündelungsschreibung als Opti-on aufgenommen. Sie würde Kosten von 120 000 Euro im Jahr verursa-chen, abzüglich eines Kreiszuschus-ses blieb für die Gemeinde ein Betrag von gut 78 000 Euro jährlich.

Der Bus, ein Modell mit bis zu 15 Sitzplätzen, soll stündlich im Ortsge-biet verkehren und an den Bahnhof Schwetzingen angebunden sein. Ab-stecher wie früher in die Schwetzing-er Oststadt sollen es nicht mehr ge-ben, der Fahrplan ist straff geplant.

Müller schlug zugleich vor, den Antrag der SPD auf Einrichtung eines Bürgerbus-Vereins abzulehnen – womit Gaby Wacker (SPD) nicht einverstanden war. Ihr gefiel schon die Verknüpfung ihres Antrags mit

der Stadtbushlinie nicht. Der Bürger-bus verfolge ein anderes Konzept. „Die Verwaltung hat unsere Alternati-ve nicht ernsthaft geprüft“, urteilte Wacker.

Schmitt sah den Bürgerbus bei rund 30 000 Fahrgästen im Jahr überfordert und auch Ulrike Breitenbücher sprach sich für die „pro-fessionelle Lösung“ aus. Hingegen ließ sich Dr. Udo Weis (CDU) „vom Mut der SPD tragen“ und stimmte gegen die in seinen Augen zu teure Linie 714. Sigrid Schüller (GLP) for-derte eine ergebnisoffene Diskussi-on und wünschte sich eine flächen-deckende Lösung für die Gemeinde, eben den Bürgerbus.

Womit CDU, SPD und GLP den Plan der Verwaltung ebenso ableh-nen wie sie gegen die Ablehnung des Bürgerbusses stimmten – worauf der Bürgermeister den Punkt abtakte, einen Bürgerbusverein zu gründen sei nicht Sache der Verwaltung. aw

KURZ + BÜNDIG

Männerversper zur Mobilität

PLANKSTADT. Die evangelische Männerarbeit im Kirchenbezirk südliche Kurpfalz lädt zur Männerversper mit dem Thema „Mobil in die Zukunft – Mit welchen nachhaltigen Energien werden wir künftig mobil sein?“ ein. Ingenieur Horst Schultz wird darüber heute im Gemeindehaus um 19 Uhr sprechen. zg

Lieder und Gedichte aus Taizé

PLANKSTADT. Zum Taizé-Gebet lädt die evangelische Kirchengemeinde am heutigen Mittwoch, 19. Uhr, in die mit Kerzen und bunten Tüchern geschmückte Kirche ein. Mit Liedern aus Taizé, Texten von Roger Schutz, mit Gebeten und Bibelworten wird die Andacht in meditativer Weise gestaltet. zg

PLANKSTADT

Wir gratulieren! Heute feiert Luigi Donadio, Oberer Gartenpfad 9, seinen 81. Geburtstag.

Evangelische Kirche. 15 Uhr und 16.30 Uhr Konfirmandenunterricht, 18.30 Uhr Teenie-Gruppe, Heute keine Kirchenchorprobe.

TSG Eintracht – Frauengymnastik. Mittwoch, 20 bis 22 Uhr, in der Turnhalle der Friedrichschule. Interessierte Frauen sind willkommen.

Jahrgang 1940 (Entlassjahrgang 1954) Zur Fahrt nach St. Martin treffen am 11. November, 10 Uhr, an der Dr.-Erwin-Senn-Halle zur Abfahrt Gesangsverein Liederkranz. Der Chor trifft sich am Sonntag, 13. November, 11 Uhr, zur Teilnahme am Volkstrauertag in der Trauerhalle.

Jahrgang 1939. Treffen am Mittwoch, 23. November, 18 Uhr, zum Gansbratenessen im Eintracht-Clubhaus. Anmeldung unter Telefon 29878 oder 3642.

EPELHEIM

Wir gratulieren! Heute feiert Elisabeth Fischer ihren 75. Geburtstag, Theodor Fischer seinen 74. Geburts-tag und Rosemarie Voigt ihren 73. Geburtstag.

Abwassergebühr: Eppelheim beginnt als erste Kommune im Bereich des Verbands Heidelberg mit der Gebührenkalkulation / Gebühr für Einfamilienhäuser soll gleich bleiben

Ein Viertel der Bürger protestiert gegen Gebühren

EPELHEIM. Landauf, landab waren die Menschen in den vergangenen Monaten damit beschäftigt, Daten zu erheben, Grundstücke in bebaut, weniger bebaut und unbebaute Teile zu gliedern und damit die Grundlage für die neue gesplittete Abwassergebühr zu schaffen, die landesweit eingeführt wird.

Grundlage für Gebühren

Jürgen Weber, der Geschäftsführer des Abwasserzweckverbandes Hei-delberg (AZV), der die Berechnungen für die Mitgliedsgemeinden Eppelheim, Dossenheim und Neckar-gemünd übernommen hatte, über-reichte nun Bürgermeister Dieter Mörlein eine Daten-CD, die als Grundlage für die Berechnung der Gebühren dient. Eppelheim ist da-mit im Bereich des AZV Heidelbergs

die erste Kommune, die sich an die Gebührenkalkulation machen kann, bevor dann der Rat die neue Gebühr als Satzung beschließt.

Wie Weber ausführte, gab es in der Gemeinde mit 4375 Objekten rund 1150 Rückläufe oder anders ausgedrückt: Mehr als ein Viertel der Bürger waren mit den Festsetzungen nicht einverstanden und hatten Klä-rungsbedarf. Ansinnen, denen der Rat mit seinen Sprechstunden im Rathaus, sie fanden von März bis September statt, gerecht wurde.

Eine andere Zahl, die Weber an-führte, ist gleichfalls nicht uninteres-sant: Von der Gemarkungsfläche der Stadt sind rund 147 Hektar versiegelte, 423 Hektar unversiegelte Fläche. Und es soll noch mehr Fläche entsiegelt werden, wozu zum einen die neue Gebührenkalkulation verhel-

fen soll, zum anderen die Förderpro-gramme zur Entsiegelung der Stadt.

Grundsätzlich, so Amfried Fuchs, Stellvertreter Webers, wird keine neue Gebühr erhoben, sondern der Beitrag nur neu berechnet und ver-teilt. Bei Einfamilienhäusern soll die Gebühr gleich bleiben, bei Mehrfa-milienhäusern gar sinken und nur bei den großen Verbrauchermärkten, die kaum Abwasser, aber viel versiegelte Fläche haben, steigen.

Dennoch, der AZV rechnet damit, in den nächsten Jahren rund zehn Millionen Euro einzusparen. Denn, so Weber, mit den aktuellen Daten lassen sich einerseits die Wasserbe-handlungseinrichtungen, sprich Speicher, ersparen planen und zum anderen erspart die Versickerung vor Ort gleichfalls zahlreiche Investi-tionen. aw



AZV-Vertreter im Rathaus: Amfried Fuchs, Samantha Schneider, Bürgermeister Dieter Mörlein, Carmen Brodtbeck und Jürgen Weber (von links).